

Konferenz "Die G8 Energiesackgasse"

Auftakt einer Veranstaltungsreihe der G8-NGO-Plattform
Berlin 17.10.2006



Friends of
the Earth
Europe

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Teilnehmer: ActionAid International, Attac Deutschland, Forum Umwelt und Entwicklung, Friends of the Earth/BUND und VENRO

Die drastische Erhöhung der Energieeffizienz muss im Mittelpunkt einer zukunftsfähigen Energiepolitik stehen! Energie- und klimapolitische Forderungen an die deutsche EU- und G8-Präsidentschaft

Von Martin Rocholl, Vorsitzender von Friends of the Earth Europe, Stellv. Sprecher des AK Internationales des BUND

Es ist inzwischen in Politik und Wissenschaft unbestritten, dass eine drastische Erhöhung der Energieeffizienz machbar ist und vielfach positive Auswirkungen hätte:

- Innovationsschub
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Verringerung der Abhängigkeit von Energieimporten und Zunahme der Versorgungssicherheit
- Einsparung von Milliardenbeträgen, die sonst für Energieimporte ausgegeben werden müssten.
- Vermeidung von Umweltschäden in Milliardenhöhe
- Exportchancen durch Effizienz- und Ökotechnologie
- Verminderung des Drucks auf die globalen Ressourcen und damit verbunden fairere Chancen für ärmere Länder sowie die Reduktion von Ressourcen-Konflikten.

Die Bundesregierung muss daher während ihrer EU- und G8-Ratspräsidentschaft in 2007, Energieeffizienz und die Reduktion des Energieverbrauchs in den Mittelpunkt stellen.

Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft werden in der EU wichtige Entscheidungen über die künftige europäische Energiepolitik fallen. Basierend auf dem – bislang eher enttäuschenden – *'Grünbuch zur gemeinsamen Energiepolitik'* und dem *'Aktionsplan zur Energie-Effizienz'* sowie anderen Papieren wird die Europäische Kommission im Januar 2007 ein umfassendes *'Energiepaket'* vorlegen. Auf dem Frühjahrsgipfel am 8./9. März in Brüssel werden die Staats- und Regierungschefs dann über einen *'Aktionsplan für eine europäische Energiepolitik'* entscheiden, der die Grundzüge der europäischen Energiepolitik festlegen wird.

Die Bundesregierung wird sich daran messen lassen müssen, ob während ihrer EU-Präsidentschaft eine zukunftsfähige Energiepolitik beschlossen wird, die auf Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien setzt oder ob der Energieaktionsplan von den Themen Versorgungssicherheit und dem Rückgriff auf fossile und atomare Energiestrategien dominiert wird. Gleiches gilt für die deutsche G8-Präsidentschaft im Jahre 2007.

Insbesondere folgende Aspekte müssen in dem EU-Aktionsplan berücksichtigt werden und anschließend durch entsprechende EU-weite Gesetzgebung in die Tat umgesetzt werden:

Energieeffizienz

Die Steigerung der Energieeffizienz und die Reduktion des Energieverbrauchs müssen das zentrale Element des EU-Aktionsplans für eine europäische Energiepolitik sein. Im Einzelnen muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die EU-Gebäuderichtlinie, die Richtlinie zur Kennzeichnung von Elektrogeräten, die Richtlinie zur Kraft-Wärme-Kopplung und die Ökodesign-Richtlinie für mehr Energieeffizienz bei Elektrogeräten

schneller umgesetzt, erweitert und verschärft werden. Allein durch bessere Gebäudeisolierung wären 10% des Energieverbrauchs der EU gewinnbringend einzusparen, wenn die entsprechende Gesetzgebung dafür den Rahmen schaffen würde.

CO₂-Minderungsziele

Während der deutschen Ratspräsidentschaft muss sich die EU auf ein verbindliches CO₂-Minderungsziel von mindestens 30 Prozent für die Zeit von 2012 bis 2020 festlegen. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Weiterführung des Kioto-Protokolls.

Emissionshandelssystem

Das EU-Emissionshandelssystem muss verbessert werden, inklusive verpflichtender Auktionierung eines Teils der Zertifikate. Die Bundesregierung muss in diesem Zusammenhang einen neuen Vorschlag für den deutschen Allokationsplan für die zweite Phase vorzulegen, um ein ambitioniertes EU-Emissionshandelssystem zu ermöglichen. Der derzeitige Vorschlag ist nicht akzeptabel und würde das Emissionshandelssystem als effektives System in Frage stellen.

Ambitionierte Ziele und Förderung für erneuerbare Energien

Die Bundesregierung muss darauf hinwirken, dass ambitionierte Ziele für erneuerbare Energien in der "Roadmap for Renewables", der Weiterführung der sektoralen Richtlinien zum Strom aus erneuerbaren und Biokraftstoffen, sowie durch die Einführung einer Richtlinie zum Wärme- und Kältebereich festgelegt werden. Bis 2020 muss mindestens ein 25-prozentiger Anteil von erneuerbaren am Gesamtprimärenergiebedarf in der EU erreicht sein.

Verbindliche Regeln für die Energieeffizienz von Autos

Während der deutschen Ratspräsidentschaft muss die EU darauf reagieren, dass die Automobilindustrie ihre freiwillige Selbstverpflichtung, den CO₂-Ausstoß von Neuwagen EU-weit zu senken (bis 2008 auf 140 g/km), sehr wahrscheinlich nicht einhalten wird. Deutschland muss daher auf verbindliche Gesetze drängen: Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass in der EU sollten nur noch Neuwagen zugelassen werden, die Mindeststandards beim Benzin- und Dieserverbrauch einhalten. Damit würde ein notwendiger Innovationsimpuls ausgelöst, der mittelfristig für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und deutschen Automobilindustrie von weitreichender Bedeutung ist.

Konkret muss der freiwilligen Selbstverpflichtung eine gesetzlich verbindliche EU-Regelung folgen, die den von verschiedenen EU-Organen beschlossenen Grenzwert von 120 g CO₂/km (= 4,6 Liter Diesel/100 Kilometer) für den Durchschnitt aller verkaufter Neuwagen bis 2012 verbindlich festlegt und durchsetzt. Biokraftstoffe dürfen dabei nicht auf die Erreichung dieses Effizienzziels angerechnet werden.

EU Subventionen und Forschungspolitik

Der Aktionsplan muss die Abschaffung der EU-Subventionen für fossile und atomare Energie festschreiben und dafür sorgen, dass die Struktur- und Kohäsionsfonds sowie weitere Fordertöpfe der EU eindeutig auf die Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien ausgerichtet werden. Die Forschungspolitik muss ebenfalls endlich der Energieeffizienz, der Energieeinsparung und den erneuerbaren Energien Vorrang geben.

Atomenergie

In einer zukunftsfähigen europäischen Energiepolitik hat die Atomenergie keinen Platz. Dies muss in dem Aktionsplan deutlich werden. Der Euratom-Vertrag, der die Mitgliedsländer der EU auf die Förderung der Atomenergie festlegt, muss abgeschafft werden.

Biomasse und Biokraftstoffe

Die Erzeugung von Biomasse und Biokraftstoffen muss unter strengen ökologischen und sozialen Kriterien erfolgen. Biomasse und Biokraftstoffe sind eine zusätzliche Strategie zur CO₂-Verminderung aber kein Ersatz für die Erhöhung der Energieeffizienz.

Vormacht der Energiekonzerne

Die Vormacht einiger weniger großer Energiekonzerne in Deutschland und Europa behindert ökologischere Wettbewerber. Die Kommission hat angekündigt, diese Marktschwächen zu beseitigen. Die Bundesregierung sollte sie darin unterstützen.

Die wissenschaftlichen Prognosen zu den Auswirkungen des Klimawandels übertreffen inzwischen die drastischsten Warnungen der Umweltorganisationen. In wissenschaftlichen Kreisen werden mittlerweile Katastrophenszenarien diskutiert, die sich unserer Vorstellungskraft entziehen. Noch ist es nicht zu spät. Die Staats- und Regierungschefs der EU und der G8-Staaten müssen aber endlich erkennen, dass in **Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbaren Energien** die Zukunft liegt. Alles andere wäre angesichts der wissenschaftlichen und ökonomischen Fakten ignorant oder ließe die Vermutung zu, dass Entscheidungen durch den übermäßigen Einfluss einer rückwärts-gewandten Lobby der Industrien des letzten Jahrhunderts (wie der Öl-Industrie) beeinflusst sind.

Kontakt: Dr. Martin Rocholl

Vorsitzender von Friends of the Earth Europe (www.foeeurope.org), Stellv. Sprecher des AK Internationales des BUND (FoE Deutschland, www.bund.net)
Engeldamm 64, D-10179 Berlin, Tel.: 030-27590371, Mobil: 0174-9973677
E-mail: martin.rocholl@bund.net